

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen 47. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**. Ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Frau **Monika Brunert-Jetter** von der Fraktion der CDU.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Frau Kollegin, herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen des gesamten Landtages.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

1 Neue Form des rechten Terrors frühzeitig und entschieden bekämpfen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3303

In Verbindung mit:

Rechter Terror in NRW – Keine Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3304

Und:

Ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und NRW

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3305

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke und die Fraktion der FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. November 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu den genannten aktuellen Themen der Landespolitik eine Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion der Abgeordneten Frau Gödecke das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie oft haben wir alle in den letzten Jahren den Satz: „Wehret den Anfängen!“ gehört, gelesen und zitiert, haben diese Aussage gleichermaßen zum Maßstab und Ziel für unser politisches Handeln gegen Rechtsextremismus gemacht! Das haben wir sicher viele Male getan, und immer haben wir es ernst gemeint. Nie haben wir diese Grundüberzeugung einfach nur so dahingesprochen. Wir alle wissen: Aus unserer Vergangenheit ist eine Verpflichtung für die Gegenwart und Zukunft erwachsen.

Wehret den Anfängen! Und nun? – Seit letztem Freitag, seitdem wir die brutale, menschenverachtende und mordende Terrorzelle rechter Gewalt kennen, ist deutlich, wir alle konnten den Anfängen nicht wirklich wehren. Das müssen wir uns eingestehen.

Den Opfern des rechten Terrors und ihren Familien gilt in diesen Tagen, in denen das Leid, die Ängste und die Verzweiflung wieder allgegenwärtig werden, unser Mitgefühl.

Wir entschuldigen uns aufrichtig bei denen, die sich in ihrer Angst vor rechter Gewalt nicht richtig wahrgenommen gefühlt haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir entschuldigen uns bei denen, bei denen wir zu schnell zugelassen haben, dass die falschen Schlüsse gezogen wurden. Statt den ausländerfeindlichen und damit rechten Hintergrund der Morde und Anschläge zu sehen, haben wir uns auf andere Erklärungsmuster eingelassen. Damit haben wir den Opfern großes Unrecht getan. Das tut uns aufrichtig leid.

Voller Erschütterung wissen wir heute – und niemand kann länger etwas anderes behaupten –: Es gibt in Deutschland nicht nur rechtes Gedankengut, rechte Schmierereien und Pöbeleien, rechte Propaganda und Politik, rechte bergrieffe und Bedrohungen, nein, in unserem Land ist aus Rechtsextremismus blanker Rechtsterror geworden.

Ja, es gibt einen Zusammenhang zwischen der NPD und anderen rechten Parteien und Gruppierungen, die den ideologischen Überbau und die Organisationserfahrung bereitstellen, den sogenannten Kameradschaften, die extrem gewaltbereit in Kooperation mit der NPD oder auch völlig alleine vorgehen, und der Zwickauer Zelle, die rechtsextremistischen Terror verbreitet hat. Die Terrorzelle und damit den rechten Terror gibt es nicht erst seit heute, sondern offensichtlich schon seit vielen Jah-

ren, über eine lange Zeit unerkant, unentdeckt, aber geschützt und unterstützt.

Warum sind diese Zusammenhänge nicht erkannt worden? Warum konnte eine rechte Terrorzelle 13 Jahre lang unentdeckt, unbeobachtet untertauchen? Welche Rolle spielten die V-Leute und der Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang? Sind die drei bekannten Mitglieder der Terrorzelle Teil eines viel größeren Netzwerkes? Welche weiteren brutalen Übergriffe und Morde müssen heute in einem anderen Zusammenhang gesehen werden? Sind auch in Nordrhein-Westfalen Fehler gemacht worden? Werden Hinweise auf rechte und rechtsextremistische Aktivitäten nach wie vor nicht ernst genug genommen? Was ist dran an den Vorwürfen, dass rechte Gewalt noch immer verharmlost wird?

Es gibt viele, viele Fragen, Ängste, wachsende Sorgen, Zweifel, Unverständnis und ein wirklich ungu-tes Gefühl – auch bei der Politik.

Wehret den Anfängen! Dafür sind wir alle eingetreten. Und nun? Müssen wir uns eingestehen, dass wir alle gemeinsam versagt haben? Individuell haben wir das vielleicht nicht, kollektiv als demokratischer Rechtsstaat, als demokratisch legitimierte Volksvertreter, als Versammlung der anständigen Demokraten aber offensichtlich schon. Auch deshalb müssen wir in erster Linie an die Opfer denken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Tagen ist wieder einmal sehr schnell sehr viel gesagt, geschrieben und gefordert worden. Wieder werden schnell Antworten gegeben, werden hastig politische Aktionen in Aussicht gestellt, die teilweise an Aktionismus erinnern, wird so getan, als ob die notwendigen nächsten Schritte alle schon klar seien. Ob das alles aber auch die richtigen Antworten sind? Man muss es sehen.

Auf jeden Fall ist es richtig, ausnahmslos alle Fragen zu stellen, die notwendig sind, um eine lückenlose Aufklärung und eine lückenlose Aufarbeitung zu gewährleisten. Auch wenn die Fragen unbequem sind, auch wenn die Fragen die Zweifel der Fragenden am Status quo bohrend deutlich machen: Diese Aufklärung sind wir den Opfern schuldig, und sie muss alle in Rede stehenden Organe, also Polizei, Staatsschutz, Verfassungsschutz, Bundesämter und Geheimdienste, umfassen – und genauso die Politik und die Parlamente.

Ich will mich für meine Fraktion nicht an der im Moment so populären Vorverurteilung beteiligen, aber ich sage ganz klar und unmissverständlich: Es darf auch keine Persilscheine geben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus müssen mit aller Härte bekämpft und nicht durch Wegsehen geduldet werden.

Nun zum NPD-Verbot: Für uns Sozialdemokraten ist die Frage des NPD-Verbotes schon seit Langem geklärt. Letztmalig im Mai dieses Jahres haben unsere Fraktionsvorsitzenden in den Ländern und im Bund festgestellt, dass die NPD eine Partei ist, die in aggressiv-kämpferischer Weise die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft. Die politischen Aktivitäten der NPD sind durch Verachtung für die Demokratie, Verhöhnung der NS-Opfer, antisemitische Ausfälle, Hetze gegen Ausländer und Verunglimpfung Andersdenkender gekennzeichnet.

Die Verfassungsfeindlichkeit der NPD ist offensichtlich, und allein schon deshalb und nicht, weil heute der Zusammenhang zum rechten Terror hergestellt werden kann und hergestellt werden muss, gehört sie verboten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aber auch, dass mit dem Verbot der NPD nur ein Teilbeitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Rechtsterrors geleistet werden kann. Aufklärung, Präventionsarbeit, Aussteigerprogramme, Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Bundesländer und zwischen den Bundesländern, vielleicht sogar das Zentralregister, die Reform der Geheimdienste, das Infragestellen des V-Mann-Systems: Das sind Punkte, über die wir intensiv miteinander reden müssen, deren zukünftige Rolle wir klären müssen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

bei denen wir uns entscheiden müssen – aber nach sorgfältiger Abwägung.

Ich selbst bin 13 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geboren und in der festen Überzeugung erzogen worden, dass sich die Schreckensherrschaft der Nazis nie wieder wiederholen darf. Meine Eltern haben immer mit mir über diese Zeit gesprochen, ihre Erfahrungen mit mir geteilt, mich Bilder, Filme und Dokumente anschauen lassen, damit ich einen bleibenden Eindruck vom Naziterror und den millionenfachen Morden an unschuldigen Menschen bekomme, und sie haben versucht, meine Fragen, wie das alles geschehen und entstehen konnte, zu beantworten. Meine Eltern wollten, dass ich lerne, wie wichtig es ist, die Anfänge zu erkennen, den Anfängen zu wehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwann werden unsere Kinder und Enkelkinder vielleicht uns die Frage stellen: Was hast du eigentlich damals getan, um das Erstarken der Rechten zu verhindern? Dann will ich Antworten geben können, und ich will vor allem, dass wir dann gemeinsam den Terror und das Erstarken der Rechten verhindert haben. Das sind wir den Opfern und ihren Familien schuldig. Das sind wir unseren Eltern, die um ihre Jugend beraubt wurden und mit ihrer Vergangenheit

leben mussten, schuldig. Das sind wir unseren Kindern und vor allem unseren Enkelkindern, die ihre Zukunft und ihr Leben noch vor sich haben, schuldig. Das sind wir uns selbst schuldig. Wehret den Anfängen!

(Beifall von der SPD, von der CDU, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gödecke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erkenntnisse über die Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ nennt, erschüttern zu Recht die politische Landschaft und die Bevölkerung. Wer jetzt aber mit großer Überraschung auf das Bekanntwerden des Mordtrios reagiert, der muss die letzten Jahre entweder verschlafen oder schlicht die Augen vor der rechtsextremen Gewalt in Deutschland verschlossen haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wer die rechtsextremen Mordanschläge Anfang der 1990er-Jahre in Mölln und Solingen für lange Vergangenes hält, dem sollte gesagt sein, dass vor eineinhalb Jahren eine DGB-Demo in Dortmund am helllichten Tage von einem rechten Schlägertrupp angegriffen wurde, und der sollte wissen, dass im letzten Jahr selbstgebaute Bomben bei der Kameradschaft Aachener Land gefunden wurden, die ganz offensichtlich für einen Anschlag auf die Polizei und sogenannte politische Gegnerinnen und Gegner bestimmt waren. Und wer das immer noch für Einzelfälle hält, sollte endlich in die Statistiken schauen und wahrnehmen, dass mindestens jeden zweiten Tag in Nordrhein-Westfalen Menschen Opfer von rechtsextremem Gewalt werden, einfach nur deshalb, weil sie nicht in das menschenfeindliche Bild der Neonazis passen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer weiterhin die Gefahr des Rechtsextremismus und die steigende Gewaltbereitschaft der Neonazis verharmlost, der hat nicht nur das Problem nicht erkannt, der trägt auch dazu bei, dass wir ein gewaltiges Problem mit Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die bisherigen Erkenntnisse werfen eine Vielzahl von Fragen auf, die dringend und lückenlos aufgeklärt werden müssen. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage erlaubt sein, warum bei den Morden an den neun Männern mit türkischem bzw.

griechischem Migrationshintergrund dem Anschein nach nicht intensiv in der rechtsextremen Szene ermittelt wurde, sondern man Täterinnen und Täter im Drogen- und Schutzgeldmilieu suchte. Warum wurde nicht gesehen, dass bei Mordanschlägen, die sich allesamt gegen Migranten richten, ein rechtsextremer Hintergrund naheliegender ist? Meine Erklärung dafür ist, dass es uns als Gesellschaft an Sensibilität für die Gefahr fehlt, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Viel zu lange wurden Übergriffe von Rechtsextremen als Auseinandersetzung zwischen linksalternativen und rechten Jugendlichen abgetan. Viel zu lange hat man der rechtsextremen Szene nicht zugetraut, dass sie sich organisieren und gezielt Anschläge vorbereiten würde. Deshalb ist es auch richtig, dass die NRW-Polizei alte Fälle neu aufrollt und mögliche Verbindungen zur rechtsextremen Szene überprüft. Die Gefahr von rechts muss endlich ernst genommen werden. Dazu fordere ich auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP auf.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Natürlich kann und muss die Frage gestellt werden, welche Fehler die Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden mindestens in Thüringen, in Hessen und in Niedersachsen begangen haben. Für mich ist es schwer nachzuvollziehen, dass die Verfassungsschutzämter trotz Hinweisen weder die Taten verhindern noch zu ihrer Aufklärung beitragen konnten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sehr richtig!)

Und es wirft auch die Frage auf, ob die V-Leute in diesem Fall Teil des Problems waren.

Aber klar ist, finde ich, auch: Wir können die Verantwortung für die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt nicht alleine beim Verfassungsschutz abladen. Wir müssen darüber diskutieren, dass es rechtsextreme, rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen in unserer Gesellschaft gibt, die den Nährboden und die Legitimation für rechte Gewalt und rechtsextremen Terror bilden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die unterschiedlichen Studien der vergangenen Jahre haben gezeigt, welches Problem, welche antidemokratischen und rassistischen Einstellungen wir in der Mitte der Gesellschaft haben. Deshalb finde ich es auch so unmöglich, dass die Bundesministerin Kristina Schröder immer wieder die Extremismustheorie anführt.

(Beifall von der LINKEN)

Denn die Extremismustheorie setzt nicht nur Links- und Rechtsextremismus gleich, was wegen der völlig unterschiedlichen Phänomene unangebracht ist, sondern sie besagt auch, es gäbe zwei extremistische Ränder und eine lupenreine demokratische

Mitte, die sich nichts vorzuwerfen hat. Wir wissen aber aus Studien, dass dem so nicht ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir müssen endlich handeln, und zwar nicht nur dann, wenn das Thema „Rechtsextremismus“ aufgeregt von allen diskutiert wird, sondern wir müssen nachhaltige demokratische Strukturen schaffen. Dazu werden zum Beispiel unsere geplanten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt beitragen. Dazu muss aber auch die Bundesregierung einen Beitrag leisten, indem sie sowohl die vorgesehenen Kürzungen bei dem Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und der Antidiskriminierungsstelle zurücknimmt als auch die misstrauenfördernde Extremismusklausel abschafft.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nach den rechtsextremen Anschlägen in diesem Sommer in Oslo und Utoya hat der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg einen, wie ich finde, sehr bemerkenswerten und nachdenklichen Satz gesagt, den ich gerne zitieren möchte:

„Unsere Antwort wird mehr Offenheit und mehr Demokratie sein.“

Diesen Satz hat er nach der schlimmen Katastrophe in Norwegen gesagt. Ich finde, wir sollten die Mordserie als Weckruf verstehen und zum Anlass nehmen, über unsere Werte zu diskutieren und gemeinsam für eine demokratische, offene und pluralistische Gesellschaft zu streiten. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Was derzeit an immer neuen Informationen zu rechtsterroristischen Akten in der Bundesrepublik zutage tritt, ist schlicht unfassbar. Es besteht der begründete Verdacht, dass sich mit Wissen und Unterstützung des Verfassungsschutzes rechtsterroristische Strukturen bilden konnten, dass sich die Organisation um Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe jahrelang auf die Unterstützung bezahlter V-Leute verlassen konnte, sogar dass ein ehemaliger Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes bei mindestens drei Morden selbst zugegen war.

Unser Mitgefühl gilt den vielen Opfern, die die Neonazis auf ihrem blutigen Weg durch die Republik zurückließen, von denen sie mindestens zehn das Leben nahmen und ihre Würde, indem sie sie töteten

und das Leiden filmten. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen und den zahlreichen Verletzten der Anschläge in Köln.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Für den Mord an den genannten türkischen und griechischen Kleinunternehmern kam den Ermittlern – Frau Schäffer hat es bereits gesagt – über Jahre kein Motiv für die Taten in den Sinn. Gemutmaßt wurde über Verstrickungen der Mafia, Kämpfe unter migrantischen Subkulturen, über Schulden und Schutzgelder. Seit Freitag vergangener Woche muss nunmehr jedem klar sein: Es tummeln sich Akteure in einer immer militanter werdenden rechten Szene, deren menschenverachtender Rassismus und ihr Hass gegen andersaussehende und andersdenkende Menschen zu abscheulichen Verbrechen führen. Die Linke hat immer vor diesen unberechenbaren Gefahren durch die militante Neonazi-Szene gewarnt. Noch letzte Woche mussten wir uns, aber auch Frau Schäffer und Herr Yüksel sich im Innenausschuss dafür von der CDU Kritik anhören.

Wir widersprechen auch vehement der Auffassung des Innenministers, der von einer neuen Form des rechten Terrors spricht. Aus Rechtsextremen sind nicht aus heiterem Himmel Terroristen geworden. Das haben Sie in der letzten Woche so gegenüber der Presse vertreten.

Die Tendenz zu solchen Taten war durchaus absehbar. Bereits im vergangenen Jahr – auch das hat Frau Schäffer angesprochen – sollte der Neonazi-Aufmarsch in Dortmund verboten werden, weil bei einem der Hauptakteure Sprengsätze und gefährliche Bomben gefunden worden sind.

Herr Jäger, vor unser aller Augen und über Jahre sind die Neofaschisten in Teilen militanter und aggressiver geworden, auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Dies ist aber kein Fall allein von Rechtsterrorismus, denn der NSU war ein Sumpf aus Neonazis und Geheimdiensten. 66 Jahre nach der Zerschlagung der Nazidiktatur muss man feststellen: Es gab möglicherweise erneut staatlich geförderten oder geduldeten Terror in diesem Land.

Unklar ist auch, ob die NSU mit dem Tod von Böhnhardt und Mundlos und der Verhaftung von Beate Zschäpe tatsächlich ein Ende gefunden hat. Höchstwahrscheinlich hat die NSU Unterstützerinnen in regionalen Szenen gehabt.

Ist die Gefahr wirklich gebannt? Bei allem Respekt vor Ihnen, Herr Innenminister, und auch vor den Ermittlern, die offensichtlich gegen den Willen des Verfassungsschutzes in Thüringen im Moment einen braunen Sumpf ausheben: Wir können es nicht wissen. Und warum? Weil das zuständige Amt für Verfassungsschutz nicht nur seinen Auftrag nicht erfüllt, sondern der Geheimdienst tief in die rechte

Szene verstrickt ist, so weit, dass in der hessischen Behörde über viele Jahre ein Nazi Dienst schiebt, den man in seiner Heimatstadt Hofgeismar unter dem Spitznamen „Klein Adolf“ kennt und dessen Wohnung vor Waffen strotzt und der mindestens bei drei der neun oder zehn Morde an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft persönlich anwesend gewesen sein soll.

Darüber hinaus unterhält der Verfassungsschutz ein Netz aus V-Leuten der rechten Szene. Der Thüringer Neonazi und NPD-Funktionär Tino Brandt schöpfte insgesamt 200.000 € Honorar ab, die er teilweise in Projekte wie den „Thüringer Heimatschutz“ steckte. Er sagt auch noch: Nicht er sei vom Verfassungsschutz mit Informationen abgeschöpft worden, sondern er habe den Verfassungsschutz abgeschöpft.

Wenn es nicht so grauenhaft wäre und wenn es nicht den Rechtsstaat fundamental infrage stellen würde, müsste man eigentlich zynisch fragen: Wird der VS eigentlich demnächst vom Verfassungsschutz überwacht oder übernimmt das der Einfachheit halber gleich auch die NPD?

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die NSU-Terroristen sollen mit offiziellen falschen Papieren ausgestattet worden sein, konnten so untertauchen und mindestens zehn Menschen umbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei der Frage der V-Leute gilt: Diese Kritik an ihnen ist weder neu noch unbekannt. Auch in NRW sind Fälle bekannt von größter Nähe zwischen Geheimdienst und Neonazis, so zum Beispiel der Fall Sebastian S. aus Lünen, der der Polizei Anfang 2007 auffiel. Er belieferte die Dortmunder Naziszene mit Waffen und hatte Kontakte zu „Blood-and-Honour“-Netzwerk. Später kam heraus, der kriminelle S. bezog Honorare vom Verfassungsschutz.

Burkhard Freier, damaliger stellvertretender Chef des Verfassungsschutzes, hat hier im Innenausschuss des Landtags gesagt: Sobald klar ist, dass es kriminelle Machenschaften gibt, würde S. abgeschaltet. Doch Sebastian S. wurde stattdessen von seinem Vorgesetzten und VS vor einer Strafverfolgung gewarnt. Die Strafvereitelung kam nie vor Gericht, und die Identität des Vorgesetzten wird vom VS geschützt.

Bekannt ist auch der Fall von Schmitt aus Solingen, der Anfang der 90er-Jahre den Kampfsportclub „Hak Pao“ betrieben hat. Er war auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und hat damals drei der Attentäter trainiert, die den Brandanschlag in Solingen verübt haben.

Nicht zuletzt ist auch immer noch die Rolle von Michael Berger ominös, der mutmaßliche V-Mann, der

2001 in Dortmund und Waltrop Polizisten tötete und dafür von der rechten Szene gefeiert worden ist.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Fritz hatte mehrfach versucht, da nachzuhaken. Bis jetzt gibt es da noch kaum Erkenntnisse und Hintergründe dieser Taten.

Der Verfassungsschutz, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verhilft den Neofaschisten nicht nur zu Geld, sondern auch zur Legalität. Wir haben das gesehen, weil das Verbotsverfahren vor allem daran gescheitert ist, dass 40 von 300 Vorstandsmitgliedern der NPD für den Verfassungsschutz arbeiteten. Das Gericht forderte die Enttarnung der V-Leute. Dass sich in den folgenden acht Jahren daran etwas geändert hätte, haben wir nicht bemerkt, wir wissen davon nichts.

Verehrte Damen und Herren, führen Sie sich bitte die Bluttaten der NSU vor Augen und fragen sich: Wem nutzt der Verfassungsschutz? Wem nutzen die V-Leute? Ist die Verfassung durch die Zusammenarbeit mit kriminellen Neofaschistischen V-Leuten geschützt worden? V-Leute sind und bleiben Teil der rechten Szene. Sie sind nicht kontrollierbar. Und auch der Verfassungsschutz ist hier ein Teil des Problems und ein Fremdkörper in einer Demokratie. Wir fordern erneut die Auflösung des Geheimdienstes und die Einrichtung einer Analyse- und Beobachtungsstelle gegen menschenfeindliche Ideologien, die dem Parlament und der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig ist.

(Beifall von der LINKEN)

Die Lösung kann nicht darin liegen, den Verfassungsschutz jetzt noch stärker auszustatten und mit der Polizei enger zusammenzulegen. Aus gutem Grund gibt es ein striktes Trennungsverbot von Polizei und Geheimdienst in Deutschland. Mit aller Kraft werden wir uns auch dagegen wehren – was die FDP fordert –, die Sachen jetzt alle im parlamentarischen Kontrollgremium aufzuklären. Wiederrum ein Geheimgremium, aus dem nichts an die Öffentlichkeit dringt. Wir fordern eine öffentliche Aufklärung dieser Umstände.

(Beifall von der LINKEN)

Je nachdem, welche Rolle der VS in NRW noch spielt, werden wir uns auch einen Untersuchungsausschuss wie auf der Bundesebene vorbehalten.

Ich komme zum Schluss. Wir freuen uns, dass Sie ein NPD-Verbot angesprochen haben. Wir unterstützen diese Forderung. Allein das kann nicht die Lösung sein, aber das haben meine Vorrednerinnen auch schon gesagt. Für uns ist wesentlich: Ohne Abzug der V-Leute kann es kein NPD-Verbot geben. Deswegen unser Appell: Ziehen Sie die V-Leute jetzt ab, Herr Jäger. Und wir kämpfen gemeinsam gegen die Neonazis in diesem Land und dagegen, dass die Neonazis jemals wieder staatli-

che Unterstützung und Hilfe erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtsextreme Bestrebungen und Taten gleich welcher Form sind eine ernste Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Eine ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Das ist schändlich. Wir verneigen uns vor den Opfern und entschuldigen uns als Politik dafür, dass so etwas in Deutschland möglich wurde.

(Allgemeiner Beifall)

Brutale, menschenverachtende Rechtsterroristen zogen mordend und raubend durch Deutschland, ganze 13 Jahre lang – und keiner hat es gemerkt.

Auf einem 15 Minuten langen Bekennervideo ist dieser pure Menschenhass auf perfide Weise dokumentiert. Eine kaltblütige Menschenjagd auf Migranten und eine Polizistin wird als „Deutschlandtour“ verunglimpft, und die Opfer verhöhnt.

Unfassbar!

Es ist ein erschreckender brauner Sumpf zutage getreten, der Schritt für Schritt trockengelegt werden muss. Warum hat so lange keiner bei den Verfassungsschutzbehörden und Ermittlern diesen gewaltig stinkenden Sumpf gerochen? Wie viele Mittäter, Helfer, Unterstützer gab es? Und schließlich der schlimmste Verdacht: Stecken sogar Vertreter oder V-Männer vom Verfassungsschutz mit einem Bein oder sogar bis zum Hals selbst in diesem braunen Sumpf und sind irgendwie an den Taten beteiligt?

Wir dachten noch bis vor wenigen Tagen, die vielen Sicherheitsbehörden hätten die rechtsextremistische Szene im Blick und im Griff.

Ein bitterer Trugschluss!

Die Ermittlungen fördern beinahe täglich neue unfassbare Funde und Befunde zutage. Die Täter haben nach dem Grundsatz „Taten statt Worte“ die Sicherheitsbehörden jahrelang vorgeführt, eine Blutspur quer durch Deutschland gezogen.

Töten wurde alltäglich, banal, normal.

Zwei Polizeibeamte wurden mit Kopfschüssen mitten am Tag regelrecht hingerichtet. Einer überlebte schwer verletzt mit viel Glück. Einen Mord und weitere Anschläge gab es in NRW – aus niedrigsten Motiven: Mordlust, Töten aus Hass auf Ausländer und die Staatsmacht. Beamten, die in ihrer Blutla-

che liegen, werden noch seelenruhig die Dienstwaffen abgenommen, die Opfer in ihren Läden noch über das Video fotografiert.

Unfassbar!

Ahnungslosigkeit hingegen aufseiten aller Behörden. Vorwerfbar, Systemfehler, Informationsdefizite, mangelnde Abstimmung und Zusammenarbeit? Es gibt massive Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden. Innenminister Jäger muss hier heute Antworten geben. Was haben NRW-Ermittlungsbehörden und der Verfassungsschutz zu welchem Zeitpunkt gewusst? Ihr Vorschlag, Herr Jäger, eines GTAZ für Rechtsextremismus findet unsere Unterstützung.

Fest steht: Der Verfassungsschutz ist deutschlandweit in Erklärungsnot über seine Rolle, aber auch über seine Arbeitsweise. Dubiose Kontakte zu den gesuchten Personen, dubiose Aufenthalte von Verfassungsschutzmitarbeitern an Tatorten, dubiose Rechtsextremisten als V-Leute, dubioser Rückfluss von Verfassungsschutzgeldern in die rechte Szene.

Dubios ist auch, wie schnell Behörden nun zwei Dutzend Aktenordner mit Erkenntnissen und Täterprofilen über Täter hervorzauberten. Deuten die bekannt gewordenen Tatsachen auf einen Verfassungsschutzskandal hin, wie es DPoIG-Vorsitzender Rainer Wendt erwartet? Inzwischen hat der niedersächsische Verfassungsschutz schwere Fehler eingeräumt.

Auch die Ermittlungsbehörden müssen sich Fragen gefallen lassen. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ wirft der Polizei etwa vor, Hinweise auf eine frappierende Ähnlichkeit zwischen dem Phantombild zum Anschlag Keupstraße und einem Phantombild zum Dönerbuden-Mord in Nürnberg 2005 und jeweils am Tatort benutzte Fahrrädern ignoriert zu haben. Warum vermochte niemand einen rechtsextremistischen Hintergrund als Gemeinsamkeit zu deuten, um die Täter früher dingfest zu machen? Um hier einen Zusammenhang zu erkennen, reicht Schutzmannswissen aus.

Minister Jäger hat jüngst gesagt, bei den Taten handele es sich um eine Qualität der Kriminalität, die bisher nur theoretisch anzunehmen war. – Richtig.

Ich möchte allerdings Ihr Augenmerk auch darauf lenken, dass das NRW-Innenministerium im Landtag noch am 26. Oktober mit Vorlage 15/914 einen Bericht zum Verfassungsschutzgesetz und zur aktuellen Lage im Bereich Terrorismus und Extremismus vorgelegt hat. Dort steht auf Seite 19 folgende bemerkenswerte Ausführung zum Rechtsterrorismus – Zitat –:

„Derzeit liegen weder Erkenntnisse zur Existenz terroristischer Organisationen oder Strukturen noch Anzeichen für Anschlagplanungen aus der rechtsextremen Szene vor. Gleichwohl sind grundsätzlich einzelne gewalttätige Aktionen

auch selbstmotivierter Einzeltäter bzw. Kleingruppen aus dem rechten Spektrum in Betracht zu ziehen. Dies zeigen die Sicherstellungen von Waffen, Munition und Sprengstoffen ...“

Da war der Verfassungsschutz offensichtlich bundesweit nicht auf Ballhöhe. Es reicht nicht, dass Sicherheitsbehörden sich nun rechtfertigen, die drei Täter hätten schlicht in kein Raster gepasst. Die Gefahren selbstmotivierter rechtsextremer Einzeltäter bzw. Kleingruppen und rechter Zellen beschreibt das Innenministerium NRW genau zwei Wochen vor den jetzigen Ereignissen. Wenn man weiß, wie Verfassungsschutzbehörden vernetzt sind, gibt das zu denken.

Man darf rechtsextremistische Motive nicht ausschließen oder Gefahren verkennen, nur weil niemand einen Hinweis auf einen politischen Hintergrund hinterlässt, etwa ein Bekennerschreiben, bzw. nicht mit seinen Untaten prahlt.

Die FDP fordert deshalb eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und zudem eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern im Kampf gegen rechten Terror nach den bewährten Strukturen des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Berlin; das habe ich bereits erwähnt. Insofern liegt die FDP mit dem NRW-Innenminister auf einer Linie. Bei den Aufklärungsbemühungen ist unsere Erwartung an ihn hoch. Nicht weniger als das Vertrauen in die Integrität und Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden steht auf dem Spiel.

Herr Innenminister, das sage ich zum Schluss: Ihre Einbindung der innenpolitischen Sprecher über die Telefonschaltkonferenzen war in Ordnung. Dafür möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Laschet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der „Spiegel“ titelt in dieser Woche: „Die Braune-Armee-Fraktion“. Dieses Titelbild soll erinnern an die 70er-Jahre. Wenn man sich dann noch einmal vor Augen führt, wie wir selbst auf die 70er-Jahre reagiert haben, wie ich als Jugendlicher berührt war von den Schicksalen der damals Ermordeten, dann gibt es eine große Kluft zu dem, was wir heute sehen.

Mich hat das damals erschüttert, dass Generalbundesanwalt Buback ganz normal zur Arbeit fuhr und auf dem Weg erschossen wurde. Sein Sohn arbeitet heute noch an den Folgen dieses Attentats. Jürgen Ponto macht einer Freundin der Familie die Tür auf; die bringt Terroristen ins Haus, die ihn erschießen.

Und Hanns Martin Schleyer – mit seiner Familie haben wir damals über Wochen gebangt.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Wir reden über Rechtsradikalismus!)

Wer hat eigentlich mit den Familien der heutigen Opfer gebangt? Wir nehmen das jetzt überhaupt erst richtig wahr.

2006 gab es Demonstrationen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Guten Morgen, Herr Laschet!)

– Herr Sagel, Sie saßen auch damals in diesem Landtag. Das ist jetzt kein Grund zur Parteipolitik. Ich war damals Minister. Ich habe diese damalige Demonstration gar nicht wahrgenommen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Hier im Landtag hat niemand eine Kleine Anfrage gestellt, keine Fraktion hat das damals thematisiert. Wir alle haben damals nicht wahrgenommen, dass sich die Opfer schon 2006 zusammengeschlossen und gesagt haben: Hier sind neun Opfer. Wer ist der Zehnte? Bitte helft uns!

Diese Schicksale haben uns nicht erreicht, jedenfalls nicht in der Breite, wie es in den 70er-Jahren stattgefunden hat. – Das sollte uns nachdenklich machen, und wir sollten uns auch dafür entschuldigen.

(Allgemeiner Beifall)

Das waren die gleichen Vorgänge; deshalb gehören sie auch hier erzählt.

Am 4. April 2006 geht morgens der 39-Jährige Mehmed Kubasik von seiner Wohnung zu seinem 500 m entfernten Kiosk auf der Dortmunder Mallinckrodtstraße, zu Fuß vielleicht noch an Passanten vorbei, die ihn begrüßt haben. Er löst im Kiosk seine Frau ab. Um 10:20 Uhr verabschiedet sich seine Frau Elif von ihm. Er verkauft weiter Zeitungen, Zigaretten und Süßigkeiten, begegnet Dortmunder Bürgern. Und um 13:10 Uhr findet ihn ein Kunde ermordet.

Das gab es neun Mal in diesem Land, möglicherweise noch mehr. Das wird jetzt zu ermitteln sein.

Wir erörtern jetzt viele technische Dinge. NPD-Verbot: ja oder nein? V-Leute zurückziehen: ja oder nein? – Das wird kontroverse Debatten geben, und diese nicht jeweils parteipolitisch ausgerichtet.

Hans-Christian Ströbele sagt: Nein, kein NPD-Verbot. Man kann die V-Leute zurückziehen. – Ich frage mich auch: Was haben wir von V-Leuten, wenn die in der gleichen Kneipe sitzen, in der gerade jemand erschossen wird, und sie das nicht melden? Was helfen dann V-Leute?

(Allgemeiner Beifall)

Aber wenn wir sie zurückziehen, wissen wir noch weniger über die Szene.

(Lachen von Anna Conrads [LINKE])

– Nein, Frau Conrads, die Abwägung müssen wir machen. – Und die NPD verbieten? – Na gut, dann ist sie verboten; 0,7 % bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Aber die Prämien hat die NPD mitgenommen!)

Aber ein nationalsozialistischer Untergrund ist immer noch da. Schon diese Wortwahl sollte uns doch aufschrecken lassen. Da nennt sich jemand nicht mehr „nationaldemokratisch“ oder – wie sie sich sonst verklausulieren – „Kameradschaft“, sondern sie nennen sich „Nationalsozialistischer Untergrund“. Das müsste bei jedem von uns die Alarmglocken schrillen lassen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Ich stelle mir vor, mein Kind würde getötet. Dann kommt die Polizei zu mir und durchsucht das Kinderzimmer, ob es da Spuren von Drogen gibt. Man vermutet, der hat bestimmt mit Drogen gehandelt; der muss doch etwas Kriminelles gemacht haben. – Dieser generelle Verdacht, immer woanders zu suchen als da, wo man eigentlich suchen sollte, erhöht noch einmal das Leid der Opfer.

(Allgemeiner Beifall)

Elif Kubasik hat das ja geschildert: Drogen, Rauschgift, Erpressung, Staubproben an den Vorhängen genommen, während man gerade seine eigenen Verwandten verloren hat.

Wir müssen bei allen Maßnahmen, die wir jetzt beschließen, Empathie aufbringen, einfach mitempfinden, was diese Menschen empfinden – übrigens nicht Ausländer, sondern deutsche Staatsbürger. Es sind deutsche Staatsbürger, um die es geht.

(Allgemeiner Beifall – Gunhild Böth [LINKE]: Und bei Ausländern wäre das besser? – Zuruf: Das sagt ausgerechnet ihr!)

– Frau Böth, es ist nicht der Punkt, ob es deutsche Staatsbürger sind.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist der Punkt, ob es deutsche Staatsbürger sind!)

Es reicht aber auch nicht jeder Punkt für dümmliche Pflichtbemerkungen, die Sie hier in diesem Haus machen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Gunhild Böth [LINKE]: Bravo!)

Wir müssen doch von diesem Denken wegkommen, die Rechtsradikalen handelten gegen Ausländer.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Nein, sie handeln gegen deutsche Staatsbürger. Und wir müssen für die Opfer genauso viel Empathie haben wie wir sie für die Familien Buback, Ponto und Schleyer haben. Das ist doch mein Appell!

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Zuruf von Gunhild Böth [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist doch kein Unterschied!)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch etwas anderes geloben. Wenn in der Welt jetzt gesagt würde, die Deutschen morden wieder, würden wir uns empören und erwidern: Nein, das waren Einzeltäter.

Zu dieser Kraft hat Mevlüde Genç, die Mutter der Opfer von Solingen, gefunden. Sie hat 1993 fünf Familienangehörige verloren – Kinder und Nichten –, und sie hat am Tag nach der Tat gesagt: Das waren nicht die Deutschen, sondern vier Einzeltäter.

Ich wünsche uns allen, dass, wenn wir noch einmal von einem islamistischen Anschlag hören, wir gleichermaßen sagen: Das waren nicht die Muslime, sondern das waren Einzeltäter.

(Allgemeiner Beifall)

Wir müssen gleichermaßen diese Großherzigkeit aufbringen, die Frau Genç aufgebracht hat.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern noch einmal ein Zitat des Reichskanzlers Joseph Wirth von der Zentrumspartei gelesen, der in einer sehr emotionalen Reichstagsdebatte im Juni 1922 auf die Ermordung von Walther Rathenau reagiert hat. Er hat gesagt: Wir müssen die Demokratie jetzt verteidigen.

„In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu stören.“

Er hat daraus den Schluss gezogen, der auch für den heutigen Tag gilt:

„Da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“

Das ist die Herausforderung für die nächsten Jahre auch bei uns. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laschet. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zeitpunkt liegt so nahe: Erst am 30. Oktober 2011 haben wir gemein-

sam das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. Wir haben am 30. Oktober gemeinsam daran erinnert, dass wir Arbeitskräfte geworben hatten und Menschen gekommen sind. Wir haben in Veranstaltungen versichert, dass sie inzwischen zu Freunden und Nachbarn geworden sind. Der Terror hat bei einigen von ihnen allerdings die Frage aufgeworfen, ob sie in diesem Land wirklich willkommen sind.

Deshalb will ich zu Anfang betonen: Diese Terrorserie ist ein Anschlag auf unsere gemeinsame Freiheit, ein Anschlag auf unsere gemeinsame Demokratie. Sie richtet sich gegen unser Land. Das ist ein Terroranschlag gegen Deutschland insgesamt gewesen, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Trauer und unser Mitgefühl sind bei den Opfern und den Angehörigen. Sie haben doppelt gelitten: Neben der Trauer um die Liebsten mussten sie erleben, dass wir bei den Tätern im Dunkeln tappeten. Noch schlimmer: Einige Familienangehörige selber mussten sich Verdächtigungen aussetzen. Das hat Verletzungen hinterlassen.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass ich auch im Sinne meiner Amtsvorgänger spreche, wenn ich sage: Die Sicherheitsbehörden müssen sich bei diesen Familien entschuldigen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Hinterbliebenen waren lange im Unklaren über die Tatumstände. Die Ermittlungen liefen über viele Jahre. Wie wir heute wissen: auch in falsche Richtungen. Mindestens neun Morde an türkischen und griechischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, eine getötete Polizistin, mindestens 24 zum Teil schwer Verletzte – das ist eine grausame Bilanz. Es scheint so zu sein, dass nicht nur die ethnische Herkunft oder der gewählte Beruf für die Täter ausschlaggebend war; es reichte, zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, um verletzt oder gar getötet zu werden.

Nachdem wir in der letzten Woche erkennen mussten, welche Dimensionen diese Angriffe haben, haben wir in Nordrhein-Westfalen diese Angriffe als Rechtsterrorismus qualifiziert – eine Einschätzung, der sich in dieser Woche die anderen Länder und auch der Bund angeschlossen haben.

Was wir heute wissen, will ich so komprimiert, aber trotzdem so umfassend wie möglich darstellen:

Am 4. November 2011 überfielen zwei maskierte Männer eine Sparkasse in Eisenach. Im Zuge der folgenden Fahndung wurde eine Polizeistreife auf ein verdächtiges Wohnmobil aufmerksam. Die Polizisten hörten aus dem Fahrzeug zwei Knallgeräusche. Anschließend stand dieses Wohnmobil in Brand. Uwe M. und Uwe B. wurden tot aufgefunden. Mehrere Schusswaffen wurden sichergestellt. Darunter waren auch die Dienstwaffen der im April

2007 in Heilbronn getöteten Polizeibeamtin und des schwer verletzten Polizeibeamten.

Nahezu gleichzeitig kam es in Zwickau am selben Tag in einem Wohnhaus zu einer Explosion. In dieser Wohnung lebten Uwe M., Uwe B. und Beate Z. als Trio zusammen. In der Wohnung wurde eine Fülle von Beweismitteln sichergestellt, die auf eine Vielzahl von Straftaten hindeuten, darunter auch die Tatwaffe, mit der die Polizeibeamtin und der Polizeibeamte in Heilbronn 2007 erschossen bzw. schwer verletzt wurden. Und es wurden die Waffen sichergestellt, mit denen neun Kleinunternehmer türkischer bzw. griechischer Herkunft erschossen wurden. Die Tatorte waren Nürnberg, München, Hamburg, Rostock, Dortmund und Kassel. Daneben wurden auch mehrere Exemplare einer Bekenner-DVD gefunden, die schon zur Versendung bereitlag.

Diese DVD enthält unter anderem Bildmaterial zu der genannten Mordserie an den türkischen und griechischen Kleinunternehmern sowie den Bombenanschlägen in der Probsteigasse aus dem Jahre 2001 in Köln und der Keupstraße im Jahre 2004, ebenfalls in Köln. Sie enthält zudem deutliche Hinweise auf die rechtsextremistische Motivation der Täter.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich mir dieses Beweisstück angesehen und konnte einen erschreckenden Einblick in die zynische Ideologie und Menschenverachtung dieser Täter bekommen.

Seit dem 11.11. dieses Jahres leitet der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Es ist eine Ermittlung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet.

Das Trio verfügte bis Ende der 90er-Jahre über Kontakte zum Thüringer Heimatschutz. Nach einem versuchten Sprengstoffdelikt in Jena im Jahr 1998 sind diese drei untergetaucht.

Vor wenigen Tagen ist in der Nähe von Hannover eine weitere Person festgenommen worden, die im Verdacht steht, die drei Untergetauchten unter anderem durch Überlassung der eigenen Papiere wie Führerschein und Reisepass unterstützt zu haben.

Bis zu den Ereignissen in der letzten Woche lagen sowohl der Polizei als auch dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen keine Erkenntnisse über den Nationalsozialistischen Untergrund – NSU –, seine terroristischen Bestrebungen und die mit ihm in Verbindung stehenden Personen vor.

Derzeit untersucht die Polizei in Nordrhein-Westfalen die sich aus der DVD ergebenden Hinweise auf Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Dabei geht es besonders um den Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse vom 19.01.2001, bei dem eine 19-jährige Deutsch-Iranerin schwerstverletzt

wurde, den Bombenanschlag am 9. Juni 2004 in der Keupstraße, bei dem 22 Menschen verletzt wurden, und schließlich und endlich die Ermordung eines türkischen Kioskbesitzers am 04.04.2006 in Dortmund.

Natürlich und selbstverständlich überprüft die Polizei auch andere, zurückliegende Tötungs- und Anschlagdelikte auf mögliche Bezüge zu dieser Tätergruppe, auf mögliche Bezüge zu einem rechtsradikalen Hintergrund. Dazu zählt im Übrigen auch der feige Anschlag am 27.07.2000 hier in Düsseldorf an der S-Bahn-Haltstelle Wehrhahn auf jüdische Aussiedler.

Dabei wird vordringlich die Frage zu klären sein, ob die Personen der neonazistischen Szene in Nordrhein-Westfalen Bezüge zur terroristischen NSU in Thüringen hatten. Bekannt ist uns, dass neonazistische Szenen bundesweit miteinander vernetzt sind. In letzter Zeit haben einzelne Neonazis aus NRW an Demonstrationen in anderen Ländern teilgenommen. Genauso haben hier in Nordrhein-Westfalen auch Demonstrationen unter Teilnahme von Neonazis aus Thüringen stattgefunden.

Meine Damen und Herren, es gibt eine öffentliche Diskussion. Öffentlich werden Fragen zu möglichen Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu den Terroristen gestellt. Hierauf muss es klare Antworten geben. Hier muss eine größtmögliche Transparenz und Offenheit entwickelt werden, um nicht nur den Opfern und den Hinterbliebenen der rechtsterroristischen Straftaten gerecht zu werden, sondern auch, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Akzeptanz des Verfassungsschutzes als eines im Grundgesetz verankerten Bestandteils einer wehrhaften Demokratie kann nur gesichert sein, wenn er ein Frühwarnsystem und damit auch ein wesentlicher Garant für die Aufklärung über Extremismus in jede Richtung bleibt. Demokratie darf auf keinem Auge blind sein.

(Beifall von der SPD, von der GRÜNEN, von der CDU und von der FDP)

Ich sage ganz klar: Es darf keine Symbiosen zwischen Behörden und Terroristen geben, die Terror eher ermöglichen, als ihn zu bekämpfen. Die Trennlinie muss immer klar sein. Auch wenn der Verfassungsschutz den Auftrag hat, verdeckt zu agieren, muss er dennoch stets nach rechtsstaatlichen Maßstäben handeln.

Zusätzlich möchte ich betonen: Jeder im Verfassungsschutz, der sich nicht an diesen rechtsstaatlichen Rahmen hält, schützt nicht die Verfassung, sondern ist ein Krimineller und dafür zu bestrafen.

(Allgemeiner Beifall)

Morgen treffen sich in Berlin die Innen- und Justizminister der Länder und des Bundes. Wir wollen gemeinsam über die weitere Vorgehensweise beraten. Meines Erachtens muss zukünftig verhindert werden, dass eine solche Gruppe wie dieses Trio unentdeckt über viele Jahre im gesamten Bundesgebiet ihre Straftaten begehen kann. Deshalb glaube ich, dass eine Vernetzung der Landesbehörden untereinander und mit den Bundesbehörden erforderlich ist.

Wir sind übrigens stolz darauf, dass die Verfassungsschutzbehörden und die Polizeien der Länder und des Bundes acht islamistische Terroranschläge in Deutschland erfolgreich verhindert haben. Das muss für die Bekämpfung des Rechtsterrorismus in Deutschland beispielgebend sein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN, von der CDU und von der FDP)

Die Arbeit des NRW-Verfassungsschutzes hat natürlich Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt liegt selbstverständlich im Bereich des islamistischen Terrorismus. Genauso war und ist ein Schwerpunkt aber die Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserem Land. Dazu bedarf es neben der Arbeit des Verfassungsschutzes repressiver Maßnahmen, aber auch der Extremismusprävention.

Wir können in Nordrhein-Westfalen stolz darauf sein, dass mit dem Aussteigerprojekt für Rechtsradikale in diesem Land 120 Rechtsextremisten, zum überwiegenden Teil ehemalige Gewalttäter, erfolgreich aus der rechtsextremistischen Szene herausgelöst werden konnten. 90 % von ihnen blieben danach straffrei. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen dieses Aussteigerprogramm ausbauen und die personellen Ressourcen hierfür noch einmal erhöhen.

Die Reaktion muss sein – das hat Frau Schäffer bereits gesagt –, dass sich diese Gesellschaft dazu bekennt, gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen entschlossen und wirksam entgegenzutreten. Wir müssen in dieser Gesellschaft gemeinsam Zivilcourage zeigen – ähnlich wie es in Norwegen nach dem schlimmen Attentat der Fall war. Dort hat Ministerpräsident Stoltenberg mehr Demokratie gefordert. Auch wir brauchen mehr Demokratie. Wir brauchen Zivilcourage und ein gesellschaftspolitisches Engagement von allen, um dem Rechtsextremismus wirkungsvoll entgegenzutreten.

Bertolt Brecht schrieb 1955 zum Wiedererstarken des Rechtsextremismus in Deutschland: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!“ Das muss für uns Motiv und Ansporn für die nächsten Jahre sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle folgenden Hinweis: Das Präsidium ist der Auffassung, dass wir uns angesichts der Bedeutung dieses Themas nicht an die festgesetzten Redezeiten halten.

(Beifall von der SPD)

Die einzelnen Redner haben ihre Redezeiten überzogen.

Ich bitte hierfür um Verständnis. Ich denke, dass diese Entscheidung des Präsidiums auch im Interesse des Landtages von Nordrhein-Westfalen liegt – angesichts der Bedeutung dieses Themas.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Biesenbach.

Peter Biesenbach¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich möchte zu Beginn zwei Vorrednern persönlich danke sagen, und zwar der Kollegin Gödecke und dem Kollegen Laschet. Frau Gödecke und Herr Laschet haben für meine Begriffe hier in sehr eindringlicher, aber auch angemessen stiller Weise deutlich gemacht, welche Fragen wir zu stellen haben und wie die emotionale Betroffenheit aussieht.

Ich selbst bin auch fassungslos darüber, dass es in Deutschland Menschen gibt, die Anschläge verüben und andere Menschen erschießen, nur weil sie iranischer, griechischer oder türkischer Herkunft sind. Das ist nicht das Land, das wir uns alle vorgestellt haben und das wir alle wollen.

Wir wollen ein Deutschland, in dem jeder, egal woher er kommt und egal wie er denkt, mit uns leben kann, wenn er sich zu unserer Grundordnung bekennt.

Hier haben wir eine Aufgabe. Diese Aufgabe heißt – ich greife jetzt eine Formulierung von Herrn Jäger auf –: Wir dürfen auf keinem – auf keinem! – Auge blind sein und haben uns jedem Terrorismus und auch jedem Extremismus entgegenzustellen, egal ob er politisch oder religiös motiviert ist.

Darum ist heute auch nicht die Zeit, sich hier zu eifern. Vielmehr müssen wir heute wieder ein Stück Nachdenklichkeit zeigen, die darin gipfelt, dass wir Antworten finden – Antworten auf ganz viele Fragen, die wir nicht nur im Raum stehen lassen können.

Und solch eine Antwort muss auch bei uns im Land beginnen. Wir müssen fragen: Haben wir in Nordrhein-Westfalen Fehler begangen? Wenn ja, können wir sie ausbügeln?

Im Augenblick – auch das hat der Innenminister deutlich gemacht – sind wir dabei, Fragen zu stellen. Noch ist nicht erkennbar, dass es große, grobe

Fehler bei uns und unseren Ermittlungsbehörden gab. Ich habe auch noch nirgendwo gehört oder gelesen, dass die Sorge besteht, dass Mitarbeiter von Ermittlungsbehörden in Nordrhein-Westfalen mit einer Szene verbunden sind. Ich hoffe, das bleibt so.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben aber gar nichts mitgekriegt!)

Aber wir werden weiter forschen und werden auch weiter die Frage zu stellen haben: Wie verhindern wir, dass wir künftig vor ähnlichen Phänomenen stehen?

Frau Gödecke hat die Frage gestellt: Haben wir kollektiv vielleicht versagt? Ich löse mich einmal von dem Gedanken der ersten Runde; denn die zu wiederholen hieße, Zeit unnütz zu verbrauchen.

Wir müssen uns die Bilder ansehen, die wir heute zu beantworten haben. Das Auffälligste war: Wieso konnten die wirklich 13 Jahre agieren? – Nach den Erkenntnissen, die wir bis jetzt haben, streuten sie nicht die Signale aus, die andere Terrorgruppen ausstreuen. Sie haben nach dem, was wir heute wissen, darauf verzichtet, öffentlichkeitswirksam irgendwie aufzufallen. Es gab keine Bekennerbriefe. Es gab keine Sendungen. Die DVD, von der wir gerade sprechen, ist einige Jahre alt. Sie wurde offensichtlich erst jetzt verschickt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Hier zeigt sich, wie schwer es sein wird, auch künftig an diesen Phänomenen etwas zu erkennen, wenn da eine kleine Zelle ist, die mit ihren Taten nicht prahlt. Herr Jäger, da sind wir uns, glaube ich, einig: Das ist die Herausforderung, vor der unsere Sicherheitsbehörden stehen werden.

In dem Zusammenhang steht auch vielfach die Forderung im Raum, die NPD zu verbieten. Auch die Bundeskanzlerin hat auf dem Parteitag der CDU Anfang dieser Woche gesagt: Wir müssen jetzt prüfen, ob sie verboten werden soll. – Und dieses Prüfen, dieses Nachdenken darüber hängt nicht damit zusammen, dass es die NPD ist, hängt nicht damit zusammen, ob sie verboten werden soll oder nicht, sondern es geht um die Frage, ob das Instrument richtig ist.

Nach dem Verfassungsschutzbericht 2010 ist die NPD in Nordrhein-Westfalen – wörtlich – eine rechtsextreme Splitterpartei. Sie hat 750 Mitglieder und hatte bei der letzten Landtagswahl 0,3 % der Erststimmen und 0,7 % der Zweitstimmen. Sie hat also erst mal keine große Bedeutung. Aber die Frage, sie zu verbieten, beinhaltet eine symbolhafte Aussage.

Die Frage, ob uns diese symbolhafte Aussage hilft, diese Tätigkeit künftig zu verhindern, müssen wir beantworten, auch mit einem Blick auf frühere Jahre. Es gibt eine Vielzahl von vereinsrechtlichen Verboten von neonazistischen Gruppierungen in Deutschland. Wir haben mehr als eine Handvoll

Beispiele, in denen Verbote ausgesprochen wurden. Was war das Ergebnis? Es gab keinen Neonazi weniger, sondern sie hatten nur keine organisatorische Struktur mehr. Sie verzichteten darauf, sich vereinsrechtlich oder in anderer organisierter Form zusammenzuschließen mit dem Ergebnis, dass sie eben nicht zu fassen waren.

Auch die Nachfolgeorganisationen hatte eine andere Quelle. Seit etwa zehn, zwölf Jahren ist deutlich, dass wir keine neuen Nachfolger dieser nazistischen und nationalsozialistischen Gruppierungen mehr haben. Sie organisieren sich vielmehr in sogenannten freien Kameradschaften. Seit 2005 ist deutlich festzustellen, dass in der neonazistischen Szene eine klare Abkehr auch von diesen Strukturen zu erkennen ist.

Es geht wieder um die Frage – das werden uns vorrangig Experten beantworten müssen, die in die Szene hineinwirken, die Sicherheitsbehörden zu leiten haben –: Was ist sinnvoller, die Chance zu haben, an eine Organisation anzuknüpfen, oder darauf zu verzichten, um sie in anderer Form zu beobachten?

Aber die Beobachtung mehrerer sogenannter freier Kameradschaften, die sich heute nicht mehr Kameradschaften nennen, sondern Autonome Nationalisten, scheint mir schwieriger zu sein, weil sie ähnlich wie auf dem islamistischen Feld selbst wirken, selbst handeln und nur schwer erkennbar sind.

Und darin, Herr Jäger, liegt unsere gemeinsame Aufgabe: unseren Ermittlungsbehörden die Mittel an die Hand zu geben, dass sie in der Lage sind, Vorfeldbeobachtung und Vorfeldaufklärung zu betreiben. Denn nachzuarbeiten ist immer ein Stück Versagen, wenn wir es hätten verhindern können. Ich glaube, das sollte heute ein deutliches Signal von uns allen sein.

Wir trauern um die Toten. Wir beklagen die entsetzlichen Taten. Aber sie sind eine Verpflichtung, nun wirklich alles gemeinsam zu tun, um sie in Zukunft zu verhindern – in alle Richtungen. Wenn das heute das Signal ist und wenn wir dann gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden fragen: „Welche Hilfen brauchen Sie? „Wie soll die Arbeit aussehen?“, dann hat diese Stunde heute hier auch ihre Bedeutung, aber auch nur dann.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Draußen vor dem Eingang läuft eine Ausstellung zum Thema „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“. Eine dieser Plakatwände trägt den Titel: „Geteilte Heimat“.

Obwohl es im Zusammenhang damit viele Schwierigkeiten und schreckliche Ereignisse gab und gibt, waren es im Großen und Ganzen friedliche 50 Jahre. Für die allermeisten der hier lebenden Türken und Türkeistämmigen ist Deutschland, ist Nordrhein-Westfalen die Heimat. Wir kennen auch keine andere oder haben den Bezug zu der alten Heimat nach vielen Jahren des Lebens hier in Deutschland verloren.

Gehen Sie eine Etage tiefer, sehen Sie die Ausstellung „Deportiert ins Ghetto“, die sich mit den Auswirkungen der schrecklichen Nazi Herrschaft auseinandersetzt. Mehr als 60 Jahre nach Ende dieser schrecklichen Zeit müssen wir feststellen, dass es in Deutschland möglich ist, dass eine junge Nazimörderbande eine blutige Spur durch Deutschland zieht und wahllos Menschen schwer verletzt und ermordet. Das einzige Auswahlkriterium dabei war offensichtlich ihre Abstammung oder ihre Funktion für diesen Staat.

Wir müssen feststellen, dass unsere Gesellschaft, dass wir diese Menschen nicht schützen konnten. Schlimmer noch: Wir haben diese furchtbaren Schicksalsschläge für die Opfer und deren Familien als interne Auseinandersetzungen, als Auseinandersetzungen im Mafia-Milieu bezeichnet, obwohl es immer wieder Hinweise auf Rechtsterrorismus gab. Waren wir, war der Staat auf dem rechten Auge blind?

Stattdessen wurde die Bevölkerung vor linksextremistischen Gefahren gewarnt. Brandanschläge auf Bahnstrecken wurden zu einer neuen Welle des Linksterrorismus hochgepuscht. Wir haben hier über radikale Sitzblockaden auf Antinazidemos diskutiert und uns Gedanken über die Bekämpfung einer linksextremen Szene gemacht.

(Beifall von der LINKEN)

Nicht dass wir uns falsch verstehen: So etwas ist schlimm und gehört verfolgt und bestraft.

(Zuruf von der LINKEN: Sitzblockaden?)

Extremismus ist immer falsch – egal von welcher Seite.

(Allgemeiner Beifall)

Über lange Zeit aber wurde so getan, als wenn die Gefahr von rechts zu vernachlässigen wäre. Jetzt sehen wir: Hier wurde über ein Jahrzehnt lang geraubt und gemordet, es wurden Menschen auf brutale Art und Weise getötet, der Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung wurden untergraben – und das, ohne dass die rechtsextreme Gefahr deutlich öffentlich angesprochen wurde. So viel wir heute wissen, fand das sogar unter Beteiligung von V-Leuten und mit Kenntnis von Verfassungsschützern statt.

Herr Laschet, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Wortbeitrag, weil ich gemerkt habe, dass Sie nach

der gesamten Diskussion – auch nach dem, was hier in den letzten Monaten aus den Reihen der CDU-Fraktion an Wortbeiträgen zu hören war – doch zu einer Erkenntnis gekommen sind, die uns deutlich macht, dass es eben nicht nur links, sondern auch rechts große Gefahren gibt.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt uns als Volksvertretung nur, uns zu schämen und die Angehörigen der Opfer um Verzeihung zu bitten, uns für das Versagen des Staates zu entschuldigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn auch der Bundesinnenminister hierzu deutliche Worte finden würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits nach den furchtbaren Anschlägen in Hoyerswerda und Rostock haben wir, die Migrantinnen und Migranten, uns nicht mehr sicher gefühlt. Nach Mölln und Solingen haben wir Türkeistämmigen uns in Deutschland fürchten müssen – zu Recht, wie heute klar geworden ist. Meine Mutter hat nach Solingen festgestellt: Die Deutschen wollen uns nicht, sie verbrennen uns.

Heute ist es so, dass Türkeistämmige sich wieder fürchten müssen und sich nicht mehr sicher fühlen. Wir haben mühsam über viele Jahre hinweg ein Klima der Versöhnung und des gegenseitigen Vertrauens geschaffen. Wir engagieren uns fast alle bei verschiedensten Projekten der Integration und Verständigung.

Und nun stellt sich heraus, dass von Nazis terroristisch organisierte Anschläge gegen Menschen anderer Abstammung stattfinden. Ich fürchte, wir sind noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Die jetzt bekannten Täter sind vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Die ganze braune Suppe, die da – angefangen von der NPD über freie Kameradschaften bis hin zu terroristischen rechtsextremen Vereinigungen – vor sich hin kocht, muss als ernste Bedrohung für unseren Staat und die Menschen in unserem Land betrachtet werden.

Ich möchte, dass die NPD verboten wird. Das wäre ein erster Schritt – da bin ich sicher –, verlorengangenes Vertrauen in Deutschland wiederzuerlangen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie mit Türkeistämmigen reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Sie hören, dass diese Menschen Angst haben: weil Ihnen klargeworden ist, dass der Staat sie nicht schützen konnte oder schützen wollte. Gestern wurde bekannt, dass die Nazi-Mörderbande auch Politiker und andere in der Öffentlichkeit Stehende auf ihrer Liste hatte.

Ich weiß nicht, wie meine bzw. unsere hier unter uns sitzenden Kolleginnen und Kollegen sich fühlen: Frau Akbayir, Frau Demirel, Herr Atalan, Herr Yü-

sel, Herr Dudas, Herr Neumann, Herr Ünal oder auch unsere Frau Staatssekretärin Kaykin.

Ich selber mache mir Sorgen um meine Familie. Es ist – das kann ich Ihnen sagen – ein sehr ungutes Gefühl, wenn man nach Hause kommt und nicht weiß, ob alles in Ordnung ist. Das ist so, wenn man sieht, was heute passiert.

Diese Sorgen haben viele, viele unserer Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde auch. Ich will den Türken, den Griechen und anderen Migranten aber sagen, dass Deutschland auch ihre Heimat ist, dass sie es sind, die geholfen haben, Deutschland und damit auch NRW zu dem zu machen, was es ist.

(Lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sowie die Menschen in NRW: Schützen Sie Ihre Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen. Seien Sie wachsam. Halten Sie beide Augen auf.

(Anhaltender lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Bei uns sind Menschen aus aller Welt zu Hause. Sie haben unser Land mitaufbauen geholfen, sie haben unser Zusammenleben seit vielen Jahrzehnten bereichert und bereichern es bis heute. Da ist es besonders bitter, dass Nordrhein-Westfalen in dieser Weise von diesen schrecklichen und abscheulichen Verbrechen betroffen ist.

Einer der Morde geschah in Dortmund, der Nagelbombenanschlag im Jahr 2004 war in Köln, der Anschlag in der Probsteigasse im Jahr 2001 fand ebenfalls in Köln statt. Wer weiß, ob nicht noch mehr Taten in diese Serie einzureihen sind.

Es wird jetzt viel darüber debattiert, ob wir von einer neuen Qualität sprechen müssen, ob es sich um eine neue Form von Gewalt handelt. Ich sage Ihnen ganz klar: Gewalt von rechts ist kein neues Phänomen. Im Gegenteil: Anschläge, Übergriffe und Bedrohungen, das alles ist nicht neu. Durchaus anders ist die Einbettung dieser Taten in ein Netzwerk, das den Tätern das Überleben im Untergrund offensichtlich möglich gemacht hat. Das ist schon eine andere Qualität; aber nur darüber zu debattieren, nur über Begriffe zu streiten, ob es nun neue oder alte Gewalt gibt, das ist nicht unbedingt das, was uns weiterführt.

Leider ist die Nutzung dieser Termini viel zu oft der Versuch, vom eigenen Versagen in den letzten Jahren abzulenken. Denn die Dimensionen des Versa-

gens, das es in den letzten Jahren insbesondere seit 2009 auf Bundesebene gegeben hat, sind vielfältig. Da werden Mittel aus der Rechtsextremismusprävention abgezogen, um sie in sogenannte Aussteigerprogramme für Linke zu investieren, obwohl niemand in der Fachwelt das für sinnvoll hält. Ich frage mich schon: Ist die Ministerin ihrer Aufgabe eigentlich gewachsen?

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In einem bemerkenswerten Kommentar der gestrigen Ausgabe der „Tagesschau“ habe ich einen Satz über die Bundesfamilienministerin gefunden, die für diesen Bereich zuständig ist:

„Schröder kann offenbar keinen Satz über Rechtsextremismus bilden, ohne ein ‚aber‘ einzubauen.“

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Anna Conrads [LINKE]: Herr Yetim auch nicht!)

„Sie vergleicht unterschiedliche Phänomene, so als würde dadurch etwas weniger schlimm.“

Noch im Frühjahr dieses Jahres hat der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Seehofer gesagt, er werde Zuwanderung „bis zur letzten Patrone“ bekämpfen. Meine Damen und Herren, etwas in unserem Land läuft falsch!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Meine Herren!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt durchaus eine große Debatte über die Rolle, die die Verfassungsschutzbehörden in dieser Angelegenheit gespielt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Peinlich so was!)

Die Transparenz des Verfassungsschutzes muss erhöht werden. Sie muss eine Leitlinie sein, auch wenn das naturgemäß nicht einfach ist. Aber es darf nie wieder passieren, dass jemand beim Verfassungsschutz herumläuft, wie es in Hessen der Fall war, der den Spitznamen „Kleiner Adolf“ trägt und ausgerechnet in der rechten Szene aktiv ist.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wie kann es sein, dass eine terroristische Vereinigung 13 Jahre im Untergrund lebt und diese schrecklichen Anschläge verübt? Das muss geklärt werden, auch wenn wir heute wissen, dass wir es mit einer anderen Struktur zu tun hatten, weil die Gruppe völlig anders agiert hat, als wir es von terroristischen Gruppen kennen, weil die Gruppe bereits einmal auffällig geworden und dann sehr schnell abgetaucht ist.

All diese Fragen liegen vor uns. Es ist richtig, dass wir diese Fragen heute formulieren. Aber das große Ganze darf uns dabei nicht aus dem Blick geraten.

Denn der Kampf gegen rechts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine große Aufgabe, der wir uns alle stellen. Gerade Nordrhein-Westfalen als ein Land der Vielfalt steht dabei in einer besonderen Verantwortung.

Wir müssen eine Antwort auf die Fragen im Zusammenhang mit diesen Taten finden. Diese Antwort muss rechtsstaatlich sein und von der Zivilgesellschaft breit getragen werden. Denn Terroristen greifen nicht nur diejenigen an, die Opfer ihrer perfiden Anschläge werden. Jeder Anschlag ist auch eine Attacke auf die Art, wie wir leben, nämlich in einem freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Gesellschaft der Freiheit, der Offenheit und der Vielfalt erhalten bleibt.

Denn Demokratie entsteht und wächst nicht allein dadurch, dass man sie in eine Verfassung schreibt. Demokratie bildet sich dadurch heraus, dass sie täglich gelebt wird und dass viele für sie eintreten und kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als FDP-Fraktion haben die Befassung mit diesem Thema heute auf zwei Ebenen im Landtag angemeldet: zum einen in der Aktuellen Stunde, zum anderen haben wir beantragt, dass das Parlamentarische Kontrollgremium tagen möge. Denn das Parlamentarische Kontrollgremium ist das zuständige Gremium, das umfassende Befugnisse hat und eigenständige Untersuchungen durchführen kann. Im Übrigen plant man auch in Berlin, entsprechend zu handeln. Man hat Akten aus Thüringen und Hessen angefordert.

Wir dürfen als nordrhein-westfälische Abgeordnete, wenn wir im Parlamentarischen Kontrollgremium sind, selbst in den Schrank der Verfassungsschützer schauen, wenn es nötig ist.

(Zuruf von der LINKEN: Aber die Linke nicht!)

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir unsere Kontrollaufgaben sehr ernst nehmen – gerade vor dem Hintergrund der Debatte, die momentan um den Verfassungsschutz geführt wird.

(Beifall von der FDP)

Die Tragweite der Affäre gebietet es aber natürlich, das Thema heute öffentlich im Plenum zu diskutieren. Denn in Nordrhein-Westfalen sind angesichts der vielen Tatorte hier alle natürlich auch emotional betroffen. Aber, Herr Bolte, gerade weil uns alle das

so betroffen macht, finde ich es unangemessen, dass Sie Frau von der Leyen und Herrn Seehofer in einen Kontext gestellt haben, in den sie in dieser Art und Weise nicht gehören.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Frau Schröder! – Zuruf von der SPD: Frau Schröder!)

Ich möchte aus der „Berliner Zeitung“ zitieren. Darin schreibt man über die Ereignisse:

„Die Illusion von einem Leben in relativer Sicherheit ist von einem Kriminaldrama beschädigt worden, ... Die Vorstellung von einem unbeheligten Leben im Untergrund will nicht zu einer gesellschaftlichen Realität passen, die von umfangreichen Kontrollmechanismen reguliert wird. Zur Aufklärung der Tat gehört nun ganz dringend auch eine Selbstaufklärung der ermittelnden Stellen.“

In der Tat: Es ist schwierig gewesen, Verbindungen zwischen einzelnen Straftaten herzustellen. Aber nur, weil sich das Untergrundtrio den Gesetzen des Milieus entzogen, in der Öffentlichkeit nicht mit seinen Taten geprahlt und sich nicht zu ihnen bekannt hat, kann man es sich nicht leicht machen und das Ganze abhaken. Es gibt eine unglaubliche Ahnungslosigkeit aufseiten aller Behörden. Obwohl Sicherheitsbehörden seit 2001 wesentlich mehr Befugnisse haben, hat man nichts gemerkt.

Herr Jäger, Sie plädieren ja immer wieder für mehr Datensammlungen und für mehr Möglichkeiten der Behörden. Ich würde mich freuen, wenn Sie die vorhandenen Daten besser nutzen und auswerten würden. Denn es macht mich betroffen, wenn Räumlichkeiten einer Gruppe auf Rohrbomben durchsucht werden und Jahre später ein Rohrbombenanschlag stattfindet, aber keine Verbindungen hergestellt werden. Das sind Informationen, die man seit Langem gehabt hat. Ich hätte mir jedenfalls gewünscht, dass der Nagelbombenanschlag in der Keupstraße nicht erst heute aufgeklärt wird.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Meine Damen und Herren, es kursieren Hinweise, Verfassungsschutzbehörden hätten zu der einen oder anderen Person der Zelle Kontakte unterhalten. Es werden angeblich legale illegale Papiere in der Wohnung gefunden. Es werden Kontakte zu V-Leuten gemeldet.

Das alles greift das Vertrauen in die Integrität und in die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden an. Es stellt sie aufs Spiel, insbesondere wenn Medienberichte bereits mit der Überschrift „Mord unter Aufsicht“ titeln.

Meine Damen und Herren, das alles macht uns sehr betroffen und gebietet, dass wir als Parlamentarier von nun an noch stärker hinschauen. Ich bin sehr froh, dass wir in Nordrhein-Westfalen bisher in kei-

ner Weise von diesen öffentlichen Debatten berührt sind. Ich habe auch das Vertrauen, dass wir in dieser Art und Weise nie berührt sein werden. Gleichwohl gebietet die Situation, dass wir mehr hinsehen als in der Vergangenheit; denn schon die Kontrolle als solche schreckt den ein oder anderen ab.

In diesem Sinne werden wir vonseiten der Liberalen in den nächsten Monaten systematisch fordern, das gesamte rechte Extremismuspotenzial hier näher zu erörtern. Wir werden schauen, was der Verfassungsschutz hier in den letzten Jahren getan hat und uns Gedanken machen, was noch zusätzlich getan werden kann.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir eine solche Debatte wie heute nie wieder führen müssen. Ich wünsche mir auch, dass der Verfassungsschutz zukünftig nicht selbst Hindernis bei einem NPD-Verbotsverfahren ist. Wir alle haben gelernt: Einerseits ist es schön, wenn gesagt wird, dass die NPD verboten werden sollte; andererseits waren die einzigen Zeugen, die wir ins Feld geführt haben, vom Staat bezahlt. Wenn wir noch einmal ein NPD-Verbotsverfahren anstrengen, dann muss es auch sitzen. Alles andere wäre für Deutschland peinlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Opfer haben ein Gesicht, wie man hier sehen kann.

(Die Rednerin hält ein Blatt Papier hoch.)

Sie haben auch Namen. Ich möchte die Namen hier vortragen. Wir haben bisher nämlich die ganze Zeit über Menschen geredet, deren Namen wir noch nicht erwähnt haben:

Enver Şimşek, Abdurrahim Özudođru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.

Meine Damen und Herren, diese Menschen haben auch Angehörige. Eine dieser Angehörigen saß am Sonntag in der Talkshow von Günther Jauch. Ich spreche von Gamze Kubaşık. Die junge Frau verlor im April 2006 ihren Vater Mehmet, als er in seinem Kiosk im Dortmunder Norden kaltblütig von neofaschistischen Terroristen erschossen wurde. Gamze Kubaşık sagte bei Jauch, sie habe gewusst, dass die rechte Szene in Dortmund aktiv sei. Aber dass sie so brutal sei, das habe sie niemals gedacht.

Die Brutalität und die Menschenverachtung, die aus den Taten und dem Video der Terrorzelle sprechen,

sind erschütternd. Viele fragen sich heute, wie es dazu kommen konnte.

Auf die skandalöse Rolle der Inlandsgeheimdienste hat bereits meine Kollegin Conrads hingewiesen.

Ein weiterer Grund ist die stetige Verharmlosung der rechten Gewalt durch Behörden und Politik. Als der damalige Bundesinnenminister Schily nach dem Nagelbombenanschlag die Keupstraße in Köln besuchte, schloss er als Erstes die Möglichkeit eines neofaschistischen Hintergrundes aus. Ein politischer Reflex so alt wie die Bundesrepublik selber! Wir wissen heute alle, dass Otto Schily falsch gelegen hat. Auch viele der Angehörigen der ermordeten Kleinunternehmer haben Ermittlern gegenüber damals schnell Nazis hinter den Morden vermutet. Doch die Polizei ging von Drogenhandel und Schutzgelderpressung aus, wie man das üblicherweise bei Migrantinnen und Migranten vermutet.

Ein weiterer Reflex ist die Geschichte vom Einzeltäter, eine Variante, wenn der braune Hintergrund eines Täters nicht mehr geleugnet werden kann. Ein schlimmes Beispiel dafür ist Michael Berger. Der NPD-Sympathisant brachte bei einem Amoklauf im Juni 2000 in Dortmund und Waltrop drei Polizeibeamte um, bevor er sich mutmaßlich selbst erschoss. Ungeklärt bleiben hartnäckige Gerüchte, Berger sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen. Doch eines war klar, meine Damen und Herren: Berger war Neonazi. Seine Bluttat gegen die drei Polizisten wurde von den Neonazis auf Aufklebern gefeiert. Sie schrieben: 3:1 für Deutschland – Berger war einer von uns.

Völlig unerklärlich bleibt mir deshalb bis heute Ihr Umgang und der Umgang Ihrer Vorgänger mit dieser Sache, Herr Innenminister. Sie weigern sich bis heute, diese Morde als politisch motivierte Taten einzustufen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Gleiche gilt für den Mord an Thomas Schulz, einem Punk, der von dem Neonazi Sven K. in Dortmund erstochen wurde. Die „WAZ“ von heute kommt auf rund 90 Todesfälle, die alle von Neonazis ausgeführt wurden. Herr Jäger, solange man die Taten nicht klar zuordnet, verharmlost man die Gefahr von rechts.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, man weiß gar nicht, wovüber man sich mehr empören soll – ich weiß es zumindest nicht –: darüber, dass Menschen in der Lage sind, solche Verbrechen zu begehen, oder darüber, dass diese Fälle jahrelang nicht aufgeklärt wurden, oder darüber, dass der Verfassungsschutz dabei mutmaßlich nicht nur zuschaute und alles verschleierte, sondern vielleicht sogar tatkräftig mit half?

Die Zahl der Menschen, die durch rechten Terror in Deutschland seit 1990 ihr Leben ließen, wird derzeit

auf über 150 geschätzt. Wie viele sind es wirklich, Herr Jäger?

Meine Damen und Herren, ebenfalls eine Verharmlosung und eine unglaubliche Unterstellung stellt die perverse Extremismustheorie dar,

(Beifall von der LINKEN)

die insbesondere von Ihren Fraktionen, Herr Engel und Herr Biesenbach, immer wieder zur Sprache gebracht wird. Sie bemühen diese immer wieder, wenn das Thema „Extremismus von rechts“ auf die Tagesordnung kommt, und werfen dann beides in einen Topf. Dass diese Theorie wissenschaftlich unhaltbar ist, hält Sie aber nicht davon ab, ständig über gewaltbereite Linke zu schwadronieren, sobald das Gespräch auf die Taten militanter Nazis kommt.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in Thüringen bildet sich eine terroristische rechte Keimzelle und mordet über Jahre. Und was passiert? Dem Fraktionschef der Linken, Bodo Ramelow, wird seine Immunität aberkannt, weil er gegen Nazis demonstriert hat. Das kann nicht angehen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Relativierung neofaschistischer Gewalt muss ein Ende haben. Für Rechte ist Gewalt nicht nur Mittel, sie ist Charakter ihrer politischen Arbeit. Aus diesem Grund ist die Bundesregierung aufgefordert, die von Kristina Schröder vorgenommene Kürzung der Mittel zur Bekämpfung der Neonazis zurückzunehmen. Die Landesregierung ist dringend aufgefordert, die geplante Finanzierung der Opferberatungsstellen gegen rechte Gewalt zu verstetigen.

Dort, wo im April 2006 Mehmet Kubasik in seinem Kiosk starb, bahnten am 3. September 4.800 Polizistinnen und Polizisten rund 700 Neonazis den Weg. Man stelle sich vor, mit dieser Kraft ginge der Staat künftig gegen autonome Nationalisten vor! Es wäre viel sicherer in unserem Lande. Ein NPD-Verbot ist da ein Anfang.

Zum Schluss bleibt nur eins zu sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Geschichte lehrt uns: Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus kann nur ein gemeinsamer Kampf sein, Herr Engel, Herr Biesenbach. In diesem Sinne lassen Sie uns bitte geschlossen mit allen Fraktionen in diesem Landtag dazu beitragen, dass die Vorfälle lückenlos und transparent für die Öffentlichkeit aufgedeckt und daraus eventuell personelle Konsequenzen gezogen werden. Und vor allem: Lassen Sie uns bitte von nun an gemeinsam Neonazis auf der Straße blockieren, wenn sie die Straßen erobern möchten, um ihre menschenverachtende Ideologie kundzutun.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir im Rahmen der Aktuellen Stunde, für die ich Ihnen ganz herzlich danke, nicht vor. Ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Ich rufe auf:

2 Nordrhein-Westfalen begrüßt die Initiative des Bundes für mehr Steuergerechtigkeit

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3264

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3323

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steht weltweit hervorragend da. Nie gab es mehr Beschäftigte in unserem Land. Seit 20 Jahren war die Arbeitslosigkeit nicht so gering wie heute. Nirgendwo in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so niedrig wie bei uns. Die Exporte laufen glänzend. Wir sind der Stabilitätshort in Europa. Kein Land ist besser durch die Krise gekommen als wir. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Fels in der Brandung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ach!)

Auf dieses Politikergebnis dürfen wir alle ruhig ein klein wenig stolz sein.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da wäre ich aber ganz vorsichtig!)

– Ja, auch Sie dürfen das. – Wir haben eine Bundeskanzlerin, die Entwicklungen frühzeitig erkennt, sorgfältig abwägt und am Ende entschlossen handelt. Das hat sie in Zeiten der Großen Koalition bewiesen, und das beweist sie jetzt in der Koalition mit der FDP.

Zuerst, meine Damen und Herren, ging es um Krisenabwehr. Jetzt geht es um Stabilisierung und um bescheidene Teilnahme der Steuerbürger am wirtschaftlichen Erfolg.

Sie sollten nicht gleich den Untergang der Republik an die Wand malen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn die Bundesregierung auf einen Teil der heimlichen Steuererhöhungen verzichten will, wie sie im deutschen Einkommensteuerrecht leider immer noch angelegt sind. Wenn Sie jetzt, nachdem Sie in Berlin in der Opposition sind, eine

maßvolle Anhebung des Grundfreibetrags und eine geringe Abflachung der Progression bekämpfen, sind Sie nichts weiter als Heuchler.

Als Sie nach dem Wählerwillen in Berlin noch regieren durften, haben Sie mit großer Begeisterung die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 % beschlossen. Sie haben den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer von 53 auf 42 % abgesenkt. Sie haben der Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit einem Entlastungsvolumen von ca. 8 Milliarden € zugestimmt. Sie haben die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung mit Steuerausfällen von mehr als 6 Milliarden € ebenso beschlossen wie eine steuerfinanzierte Absenkung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung um rund 9,5 Milliarden €.

Insgesamt haben Sie während Ihrer Regierungs- bzw. Mitregierungszeit an gesetzlichen Regelungen mitgewirkt, die die jährlichen Steuereinnahmen des Staates um mehr als 100 Milliarden € gemindert haben. Dazu kommt noch Ihre Mitwirkung an der Erhöhung staatlicher Ausgaben.

Die Moral von der Geschichte, liebe Freunde, 100 Milliarden € jährlich sind gute Belastungen des Haushalts von Bund, Ländern und Gemeinden, weil sie von der SPD und in großen Teilen auch von den Grünen mit beschlossen wurden. Der Verzicht auf 6 Milliarden € Steuererhöhungen bis zum Jahre 2014 soll eine schlechte Haushaltsbelastung sein, weil sie von CDU und FDP beschlossen wurde. Geben Sie es zu! Mehr Heuchelei ist eigentlich nicht vorstellbar.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Worum geht es der Bundesregierung in der Sache? Es geht darum, ob Lohnerhöhungen die Kaufkraft der Bürger stärken sollen oder ob sie schlicht und ergreifend weggesteuert werden. Schwarz-Gelb möchte den erwerbstätigen Bürgern den Nutzen von Lohnerhöhungen belassen. Rot-Grün will den arbeitenden Bürgern den Nutzen von Lohnerhöhungen wegnehmen.

(Beifall von der CDU)

Das ist die Situation.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist den Verweigerungspolitikern offenbar kein Argument zu blöde. Herr Gabriel erklärt, die Anhebung des Grundfreibetrags sei abzulehnen, weil sie die Besserverdienenden bevorzugt. Meine Damen und Herren, das ist doch erkennbar Schwachsinn, auch wenn das hier im Haus von einigen geteilt wird.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Herr Kollege Körfges, ein Viertel der arbeitenden Bundesbürger bringt 80 % der Einkommensteuer auf. Die Hälfte der Steuerpflichtigen leistet einen